

Das Magazin für den  
öffentlichen Dienst

Dezember 2019

# hauptstadt magazin



30 Jahre  
Mauerfall



dbb  
beamtenbund  
und tarifunion  
berlin





© Michael Wittig

*Liebe Leserinnen, lieber Leser,*

ein Jahr voller gewerkschaftlicher Aktivitäten für einen funktionsfähigen Landesdienst neigt sich dem Ende. Ein durchschlagender Erfolg hat sich allerdings nicht eingestellt. An unserer Beurteilung der Lage kann es nicht gelegen haben, die wird mittlerweile von zahllosen Bürgern und Unternehmern, von Oppositionspolitikern, Bezirksbürgermeistern und Verwaltungsfachleuten geteilt. Auch an Netzwerken hat es nicht gefehlt – man denke nur an die IHK-Kampagne, die fast 40 Gruppierungen eint.

Auf Granit beißen vielmehr immer noch alle Akteure bei einer starrköpfigen und offenbar auch ewig gestrigen Landesregierung. Immerhin jährte sich der Mauerfall zum 30. Mal und immer noch sollen allein die Beamten für die Wiedervereinigung bezahlen. Gerecht ist anders, denn waren es nicht gerade die Beamtinnen und Beamten, die eine tragende Rolle beim Verwaltungsaufbau im Rahmen der Wiedervereinigung gespielt haben? Immerhin scheint die Wiederverbeamtung der Lehrer ein Stück näherzurücken, nachdem der SPD-Landesparteitag sich endlich zu einem entsprechenden Beschluss durchgerungen hat. Vielleicht wächst dann ja auch im neuen Jahr die Einsicht bei den Regierungsparteien, dass personelle Abwanderung mit abgekoppelter Besoldung nicht zu verhindern ist bzw. im immer härteren Nachwuchswettbewerb mit den anderen Gebietskörperschaften kein Blumentopf gewonnen werden kann. Versteht sich, dass auf meinem Weihnachtswunschzettel eine bundeseinheitliche Besoldung und eine Personalentwicklung, die ihren Namen verdient, an oberster Stelle stehen.

Ihnen und Ihren Familien wünsche ich ein frohes Weihnachtsfest und ein glückliches und gesundes neues Jahr.

Ihr

Frank Becker,  
Landesvorsitzender dbb berlin

## Inhalt

### Berufspolitik

Kein Ende des Tunnels in Sicht	4
Demografische Zeitbombe	5
Späte Einsicht bei der SPD	6
Forderung aufgegriffen	7
Jobticket steuerfrei	7

### Tarif

Krankheit im Arbeitsrecht	8
---------------------------	---

### Aus den Mitgliedsgewerkschaften

DBSH: Totalschaden Jugendhilfe!	9
---------------------------------	---

### Bildung

Vak-Preis ging nach Spandau	10
-----------------------------	----

### Titelgeschichte

30 Jahre Mauerfall	11
--------------------	----

### Partner

Abend mit Cem Özdemir	12
-----------------------	----

### Unterhaltung

Hauptstadtball	13
Filmfestivals vernetzt	14
Preisrätsel	15

### Zum guten Schluss

Flexibel mit dem 0-Euro-Konto	16
Neuer Bußgeldkatalog	16

### Impressum

Das hauptstadt magazin – hm – ist ein Informationsdienst des dbb beamtenbund und tarifunion berlin für die Beschäftigten im Berliner Landesdienst und der Bundesverwaltung.

Verantwortlich i. S. d. P.: Frank Becker, p. A. dbb berlin, Alt-Moabit 96 a, 10559 Berlin.

**Redaktion:** Annemarie Wellige. **Telefon:** 030.3279520. **Telefax:** 030.32795220. **Internet:** www.dbb.berlin.

**E-Mail:** post@dbb.berlin. Einzelmitglieder des dbb berlin erhalten das hm kostenlos zugesandt.

Herausgegeben in Zusammenarbeit mit dem dbb verlag gmbh, Friedrichstraße 165, 10117 Berlin.

**Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40.

**Internet:** www.dbbverlag.de. **E-Mail:** post@dbb.berlin.

**Anzeigen:** dbb verlag gmbh, Mediacenter, Dechenstr. 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0.

**Telefax:** 02102.74023-99. **E-Mail:** mediacenter@

dbbverlag.de. **Anzeigenleitung:** Petra Opitz-Hannen,

**Telefon:** 02102.74023-715. **Anzeigenverkauf:** Christiane

Polk, **Telefon:** 02102.74023-714. **Anzeigendisposition:**

Britta Urbanski, **Telefon:** 02102.74023-712.

Preisliste 17, gültig ab 1.10.2019. **Herstellung:**

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien,

Marktweg 42–50, 47608 Geldern. **Layout:** FDS, Geldern.

**Fotos:** wie angegeben. **Titelbild:** © Thomas Goiny

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des jeweiligen Autors und nicht immer die Meinung des Herausgebers wieder.

## Personalmangel

# Kein Ende des Tunnels in Sicht

**Trotz aller frühzeitigen Warnungen, Proteste und Forderungen des dbb berlin und seiner Fachgewerkschaften hat sich der Personalmangel im Berliner Landesdienst im zurückliegenden Jahr weiter verschärft. Ein Ende des Tunnels ist nicht in Sicht: Im bundesweiten Nachwuchswettbewerb ist Berlin seit Jahren der Verlierer und die Landesregierung nähert sich den Gesetzen des Marktes nur in kleinsten Trippelschritten an.**

„Ein verlorenes Jahr“, hatten Ende 2018 schon die Berliner Justizgewerkschaften die personalpolitische Bilanz gezogen und das Fazit kann unverändert auf das zu Ende gehende Jahr übertragen werden, obwohl es an konstruktiven Vorschlägen und Forderungen nicht gefehlt hat.

Der BSBD Berlin hat Senat und Abgeordnetenhaus sogar im Sommer die 14 Schritte praktisch vorgebetet, die aus der akuten Personalnot heraushelfen können. An der Misere hat das nichts geändert: Im Vollzug, bei den Amtsanwältinnen und im Justizdienst erkranken immer mehr Beschäftigte unter unerträglichem Arbeitsdruck und Überlastung.

Nicht besser sieht es bei der Berliner Feuerwehr aus. Personalmangel auf allen Ebenen! Die Personalstärke der Berufsfeuerwehr der gesamten Stadt ist fast unter das Niveau im früheren Westberlin geschrumpft worden.

### Bildungspolitisches Desaster

Ein bildungspolitisches Desaster spielt sich an den Berliner Schulen ab. Die starre Antiposition des Senats in Sachen Lehrerverbeamtung schlägt alljährlich über 600 Lehrer des ohnedies engen Personalkörpers in die Flucht. Quereinsteiger ohne pädagogische Ausbildung, mit denen bereits über 60 Prozent der Stellen besetzt werden, sollen es dann richten.

Die Überbelastung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Berliner Ämtern und Behörden hat sogar zu einer von der IHK initiierten Kampagne für eine starke Verwaltung geführt. 39 Bündnispartner aus allen gesellschaftlichen Gruppen, unter ihnen der dbb berlin, wollen die kaputt gesparte Verwaltung mit einem Sofortprogramm für ein modernes Stadtmanagement wieder flottmachen. Denn lange Wartezeiten, mangelnde Digitalisierung und überfordertes Personal belasten die Bürger und sind Standortnachteile für ansässige Unternehmen. Die Halbzeitbilanz der Kampagne, die vorrangig auf überfällige Maßnahmen in der Personalentwicklung abzielt, fiel im Oktober allerdings eher ernüchternd aus.

### Alarmglocken schrillen

Die Liste der Mangelverwaltungen ließe sich beliebig fortführen. Es knirscht in den Finanzämtern ebenso wie bei den Sozial- und Jugendämtern. Im Gesundheits- und Pflegebereich schrillen die Alarmglocken, bei den Fahrern der Berlin Transport herrschen desolate Zustände, die Bezirksverwaltungen versuchen mit teils fantasievollen Aktionen ihre mangelnde Wettbewerbsfähigkeit zu entschärfen und so weiter, und so weiter ...

Das ganze Schreckensszenario hat allerdings noch zu keiner entscheidenden Wende in der verhängnisvollen Berliner Politik gegenüber dem öffentlichen Dienst geführt. Vom ersten Gebot der Stunde, nämlich sofortige Angleichung der Bezüge an das Bundesniveau, will der zuständige Finanzsenator nichts wissen – unter rein haushalterischen Gesichtspunkten nachvollziehbar, personal- und wettbewerbspolitisch dagegen die reine Katastrophe.

Ganz offenbar liegen hier die Zuständigkeiten des Senatsamtes in einem zerstörerischen Interessenkonflikt, über dessen Auflösung im Interesse der Landesverwaltung schleunigst nachgedacht werden muss.

### Senat muss endlich handeln

Aber auch die weitere, längst überfällige Personalentwicklung, wie Karrierechancen, Führungskultur oder Flexibilisierung, wird immer wieder mit programmatischen Papieren und Abhandlungen zur Beruhigung der Gemüter auf die lange Bank geschoben. Taten folgen dann üblicherweise kaum.

Möge dem Zukunftspakt Verwaltung, den Bezirke und Senat im Mai – übrigens kurz nach Kampagnenbeginn des IHK-Bündnisses – geschlossen haben, um verlässliche öffentliche Dienstleistungen für Bürger und Unternehmen sicherzustellen, ein anderes Schicksal beschert sein.

Zu allzu großer Hoffnung besteht allerdings kein Anlass: Vergeblich sucht man in dem Papier zum Thema

„Attraktiver Arbeitgeber“ wieder einmal die Grundvoraussetzungen für einen Stopp des personellen Aderlasses der Berliner Verwaltung in die anderen Bundesländer und zum Bund, nämlich Bezahlung auf Bundesniveau und Verbeamtung.

Eine neue Weichenstellung im Lehrerbereich zeichnet sich zumindest mit dem jüngsten Beschluss der Berliner SPD zur Wiederverbeamtung der Lehrer ab.

Seine Umsetzung in Toppelschritten sollte sich der SPD-geführte Senat allerdings nicht mehr leisten. Es ist allerhöchste Zeit die Siebenmeilenstiefel anzuziehen – und das gilt für die gesamte Personalentwicklung im Landesdienst! Denn wenn es schon jetzt im Landesdienst wegen personeller Unterbesetzung gewaltig knirscht, wird die demografische Entwicklung den Senat noch vor ganz andere Herausforderungen stellen.

## Demografische Zeitbombe

Auf der Homepage der Senatsverwaltung für Finanzen wird der Personalbestand jährlich ausgewiesen.

Danach zählte die Hauptverwaltung insgesamt 98.312 Beschäftigte mit folgender Altersstruktur:

unter 25 Jahre:	1.117
25–30 Jahre:	5.263
30–35 Jahre:	11.379
35–40 Jahre:	11.211
40–45 Jahre:	10.751
45–50 Jahre:	11.333
50–55 Jahre:	16.683
55–60 Jahre:	17.510
60 und älter:	13.065

Das bedeutet, dass in den nächsten fünf Jahren mehr als 30.000 Beschäftigte regulär ausscheiden, Vorzeitige Alters- und berufsbezogene Abgänge sind dabei nicht berücksichtigt.



Die Altersstruktur in den einzelnen Behörden und Dienststellen zeichnet sich sehr unterschiedlich ab. Allein bei der Finanzverwaltung stehen 570 Beschäftigte unter 30 Jahren 1.396 über 60-Jährige gegenüber. Wegen fehlenden Personals und eingeschränkter Räumlichkeiten kann aber in den meisten Behörden die Ausbildung kaum noch gesteigert werden. Eine zukünftige Personallücke ist vorprogrammiert.

Es rächen sich auch die über Jahre vernachlässigte oder ganz ausgebliebene Ausbildung in klassischen Verwaltungsberufen und die Nichtübernahmen nach der Ausbildung.

Der knappe Nachwuchs auf dem Arbeitsmarkt ist umkämpft und wird in der Regel von denen gewonnen, die den Bewerber(inne)n das beste Gesamtpaket bieten können!



## Lehrerverbeamtung

# Späte Einsicht bei der SPD

Lange, viel zu lange hat es gedauert, bis die Berliner SPD beim Landesparteitag Ende Oktober endlich von ihrer Betonhaltung in Sachen Lehrerverbeamtung abgelassen hat. Viel zu lange deshalb, weil die rein ideologisch motivierte Position, Lehrer im Angestelltenverhältnis zu beschäftigen, schon aus Wettbewerbsgründen längst nicht mehr zu halten war und das Land viel Geld, Ansehen und vor allem Schulqualität gekostet hat. Denn jahrelang haben teuer in Berlin ausgebildete Lehrkräfte der Hauptstadt scharenweise den Rücken gekehrt, um sich in anderen Bundesländern – vorzugsweise dem nahen Brandenburg – verbeamten zu lassen.

In der Folge führte der immer massivere Personal- mangel an den Berliner Schulen zu völlig absurden und teuren Konsequenzen: Nicht nur dass die Berliner Grundschulen inzwischen mit mehrheitlich über- haupt nicht pädagogisch ausgebildetem Personal

arbeiten müssen, sondern Berlin sah sich auch ge- zwungen, verbeamtete Lehrer aus anderen Bundes- ländern aufzunehmen und Besoldungsnachteile gegenüber ihrer früheren Beschäftigung durch Zu- lagen auszugleichen. Dass heißt jeder verbeamtete Lehrer aus einem anderen Bundesland kostet das Land mehr als ein verbeamteter Berliner Lehrer!

Der dbb berlin ist erleichtert, dass die SPD Berlin endlich den Fakten ins Auge sieht und die Wieder- verbeamtung beschlossen hat. „Wir erwarten jetzt, dass sich die SPD in der Regierungskoalition mit dieser Entscheidung durchsetzt und die Wiederver- beamtung so bald wie möglich umgesetzt wird“, kommentierte dbb Landeschef Frank Becker den Parteitagsbeschluss, für den sich auch der Regieren- de Bürgermeister Michael Müller stark gemacht hatte.

## Bildungsgewerkschaften im dbb

# Verbeamtung jetzt!

**Wenn an nur einer Schule zum Ende des letzten Schuljahres vier vollausgebildete Lehrkräfte nach Brandenburg wechselten und die nächsten zwei schon in den Startlöchern stehen, ist es fünf nach zwölf!**

Erst jetzt räumt die zuständige Senatorin den drama- tischen Verlust von Lehrkräften ein. Die Berliner dbb Bildungsgewerkschaften haben schon 2010 (!) unter anderem im hauptstadt magazin auf die Defizite in der Lehrkräfteversorgung hingewiesen. Das altersbe- dingte Ausscheiden von Lehrkräften kann man wohl kaum als überraschend bezeichnen. Die Einstellung von Quer- und Seiteneinsteigern kann rechnerisch Defizite reduzieren. Aber welcher Patient möchte von einem unausgebildeten Mediziner operiert wer- den? Wohl keiner – aber den Berliner Schülerinnen und Schülern mutet man dies zu. Die Weiterbeschäf- tigungen von pensionierten Lehrkräften mögen noch zu einem Teil zum Wissenstransfer beitragen, aber sie sind keine pädagogisch nachhaltige Perspektive für die Berliner Schule.

### Durchsichtige Scheinargumente

Am Geld allein kann es nicht liegen, wenn der Senat Millionen für die angestellten Lehrkräfte mehr aus-

gibt, als verbeamtete Lehrkräfte kosten würden. Wenn eine angestellte Lehrkraft den Landeshaushalt schon in ihrem ersten Jahr mit einem Jahresbrutto von circa 68.000 Euro zuzüglich Arbeitgeberleistun- gen für Sozialversicherungen von circa 23.000 Euro belastet, erscheinen Diskussionen zu späteren Pen- sionslasten als durchsichtiges Scheinargument. Die drastischen Mehrausgaben könnten sinnvoller für eine Besoldungsangleichung an andere Bundeslän- der eingesetzt werden, um die Attraktivität des Lehrerberufs in Berlin zu steigern.

Seit über 20 Jahren trägt die SPD die Verantwortung für die Berliner Bildungs- und Personalpolitik:

- > Ingrid Stahmer (1996–1999)
- > Klaus Böger (1999–2006)
- > Jürgen Zöllner (2006–2011)
- > Sandra Scheeres (2011–...).

**Es ist fünf nach zwölf!**

CDU-Politiker greift dbb Forderung auf

## Meldeadressen vor unbefugtem Zugriff schützen!

Das Bundeskabinett hat am 30. Oktober 2019 ein Maßnahmenpaket gegen Gewalt von Rechtsextremisten und Hasskriminalität auf den Weg gebracht. Die Absicht, ehrenamtlich in der Kommunalpolitik Tätige gegen Beleidigungen und üble Nachrede auch im Internet zu schützen, ist aller Ehren wert. Dass aber auch Polizisten, Gerichtsvollzieher, Staatsanwälte oder Mitarbeiter in Jobcentern zunehmend eines besonderen Schutzes bedürfen, hat der stellvertretende rechtspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Jan-Marco Luczak, noch am selben Tag angemahnt.

Luczak hatte sich noch im Sommer in einem Gespräch mit dbb Landeschef Frank Becker über die Gefährdungssituation im öffentlichen Dienst und über die vom dbb berlin geforderten Meldesperren informiert. In seiner Stellungnahme zum Kabinettsentwurf findet sich jetzt die dbb Forderung nach Schutz der Meldeadressen gefährdeter Beschäftigter vor unbefugtem Zugriff dankenswerterweise ungekürzt wieder. Wörtlich heißt es in Luczaks Statement: „Leider nehmen aber auch Übergriffe gegen Polizisten, Gerichtsvollzieher, Staatsanwälte oder Mitarbeiter in Jobcentern seit Jahren zu. Sie sind Respektlosigkeiten, Pöbeleien und oftmals auch Gewalttätigkeiten ausgesetzt. Die Übergriffe reichen zum Teil bis in das Privatleben der Beamten hinein. Wir stellen fest, dass oft versucht wird, unberechtigt an persönliche Daten wie zum Beispiel private Wohnanschriften von Beamten zu gelangen.“

Das ist inakzeptabel. Jeder Angriff auf eine Person, die im Dienst des Staates steht, ist ein Angriff auf unsere Gesellschaft. Diejenigen, die jeden Tag durch ihre Arbeit unseren gesamtgesellschaftlichen Zusammenhalt stärken, verdienen unseren unein-

geschränkten Rückhalt. Das anstehende Gesetzgebungsverfahren muss daher genutzt werden, um Meldeadressen von gefährdeten Beschäftigungsgruppen im öffentlichen Dienst besser zu schützen. Eine Auskunftssperre darf nicht erst dann eingetragen werden, wenn eine konkrete Gefahr vorliegt. Dann ist das Kind bereits in den Brunnen gefallen. Hier muss der Staat seiner Fürsorgepflicht gegenüber allen seinen Beschäftigten besser nachkommen.“ ■

### Jobticket

## Zuschuss ist steuerfrei

Der den Beschäftigten des Landes Berlin seit 1. September 2019 gewährte Arbeitgeberzuschuss zum Jobticket ist steuerfrei. Das hat die Senatsverwaltung für Finanzen auf Anfrage des dbb berlin ausdrücklich bestätigt. Wörtlich heißt es in der Antwort der Senatsverwaltung: „Es ist ... zutreffend, dass der ab 1. September 2019 gewährte Arbeitgeberzuschuss in Höhe von monatlich 15 Euro der Steuerfreiheit unterliegt (§ 3 Nr. 15 EStG). Infolgedessen besteht auch Beitragsfreiheit in der gesetzlichen Sozialversicherung.“ Im Entgeltabrechnungsprogramm (IPV) sei dazu eine neue Lohnart 2859 „Steuer- und sv-freier AG-Zuschuss Jobticket“ (Gültigkeit für Besoldung und Tarif) eingerichtet und die Dienststellen der unmittelbaren Berliner Landesverwaltung entsprechend informiert worden. Offenbar durch fehlerhafte Eingaben sind in einzelnen Fällen leider fälschlicherweise Lohnsteuer und Sozialabgaben abgeführt worden. Zur notwendigen Korrektur müssen sich die Betroffenen jetzt an ihre zuständige Personalstelle wenden.

## Krankheit im Arbeitsrecht

# dbb Personalräte wurden geschult

**Wer gesund und munter ist, sieht in der Regel keinen Anlass, sich mit arbeitsrechtlichen Fragen im Krankheitsfall auseinanderzusetzen. Auch besteht bei gängigen Infekten wie Grippe oder Bronchitis kein Grund zur Sorge, denn Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erhalten in Deutschland sechs Wochen lang Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Für Langzeiterkrankte sieht die Situation aber ganz anders aus und die Betroffenen sind froh, wenn sie in den Personalräten und Beschäftigtenvertretern kompetente Ansprechpartner vorfinden.**

Denn wer schwer und über sechs Wochen hinaus erkrankt, dessen Einkünfte reduzieren sich auf ein Krankengeld in Höhe von 70 Prozent seines Brutto- und maximal 90 Prozent des Nettoverdienstes. Bei einem geringen Gehalt, hohen Fixkosten und ohne Rücklagen kann eine Krankheit damit leicht mit drückenden Geldsorgen einhergehen. Zwar zahlt der öffentliche Dienst 39 Wochen lang einen Krankengeldzuschuss, der das Nettoeinkommen aber nicht auf 100 Prozent aufstockt.

Und wie geht es nach 39 Wochen Krankheit weiter? Und was ist, wenn die Betroffenen gar nach 72 Wochen aus dem Krankengeld ausgesteuert werden?

### Bange Fragen

Die stellvertretende dbb Landesvorsitzende und Tarifexpertin, Synnöve Nüchter, kennt diese bange Fragen und die Angst der Erkrankten vor Armut und Arbeitslosigkeit. Sie weiß auch um den Druck vieler Krankenkassen, die die Betroffenen beispielsweise zur Beantragung einer Erwerbsminderungsrente drängen und ihrer Wiedergenesung damit einen Bärendienst erweisen

Am 11. November hat Synnöve Nüchter deshalb die dbb Beschäftigtenvertreter – also Personal- und Betriebsräte, Frauenvertreterinnen und Schwerbehindertenbeauftragte – eingehend zum Fragenkomplex „Krankheit im Arbeitsrecht“ geschult, damit sie den Erkrankten mit Rat und Tat zur Seite stehen und sie durch diesen schweren Lebensabschnitt begleiten können.

Neben den rechtlichen Grundlagen der Entgeltfortzahlung wurden auch die Vorschriften zur Anzeige- und Nachweispflicht, zur Aussteuerung aus dem Krankengeld, zum Forderungsübergang bei Dritthaltung, zum betrieblichen Eingliederungsmanagement und zur krankheitsbedingten Kündigung bei der ganztägigen Veranstaltung eingehend erläutert.

„Unsere Beschäftigtenvertreter haben den Anspruch, die Interessen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in allen beruflich relevanten Fragen kompetent und zielgerichtet zu vertreten. Die Rechtslage im Falle einer längeren Erkrankung zählt ganz sicher dazu“, würdigte dbb Landeschef Frank Becker das vom dbb Betreuungsverein ausgerichtete informative Seminar.



Synnöve Nüchter schulte die Personalräte.



© Ricky Herzfeld (2)

## Erfolgreiche DBSH-Proteste

# Totalschaden Jugendhilfe!

In der Berliner Kinder- und Jugendhilfe hakt es an allen Ecken und Enden. Insbesondere die finanzielle Ausstattung ist zu gering. Mangel herrscht sowohl an therapeutischen Einrichtungen als auch an Wohnraum für junge Erwachsene. Der DBSH Berlin hat in einer viel beachteten Protestkampagne 13 Hauptforderungen erhoben, um die Jugendhilfe wieder flott zu machen.

Verbesserungen sind unter anderem bei den Beschäftigungsbedingungen, bei der personellen Ausstattung, der gesellschaftlichen Anerkennung und bei den Arbeitsmitteln und Räumlichkeiten überfällig. Darüber hinaus fehlt es an bedarfsgerechten Hilfen und Sachmitteln, an Fort- und Weiterbildung sowie adäquaten gesetzlichen Grundlagen, wenn die Jugendhilfe ihren Klientinnen und Klienten eine kompetente Unterstützung sein soll, ohne dass dabei die Beschäftigten „verheizt“ werden.

### Öffentlichkeitswirksame Kreativphase

Öffentlichkeitswirksam an den Mann beziehungsweise die Frau gebracht hat der DBSH Berlin seine Forderungen in einer sechswöchigen Kreativphase im Spätsommer des Jahres, die mit der Übergabe der von vielen Beschäftigten unterzeichneten Forderungen an den Rat der Bürgermeister vor dem Roten Rathaus ihren Anfang nahm.

Es folgte eine Ballonaktion, bei der großflächige Transparente mit der Aufschrift „Kinder- und Jugendhilfe Berlin – Gleich knallt's!“ an verschiedenen Berliner Sehenswürdigkeiten in den Himmel stiegen.

Den Abschluss der Protestkampagne bildete eine Demonstration „Totalschaden Jugendhilfe“ im Berliner Mauerpark, für die auch Meret Becker, Kommissarin des Berliner Tatortes, gewonnen werden konnte.

### Deutschlandweite Relevanz

Mit der Kreativphase soll es, so der DBSH Berlin, keineswegs sein Bewenden haben. Auf die Forderungen zur Kinder- und Jugendhilfe soll vielmehr von

Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern sowie jeder einzelnen Fachkraft immer wieder verwiesen werden, um auf die herrschenden Missstände aufmerksam zu machen.

Das „Reklamationssteam“ des DBSH Berlin stellt dazu online Flyer mit den Forderungen und Materialien für Demonstrationen zur Verfügung, die nicht nur regionale Relevanz haben, sondern deutschlandweit benutzt werden können. ■



Abgerufen werden kann das Material unter:  
[www.jugendhilfe-reklamation.de](http://www.jugendhilfe-reklamation.de)

## VAK

# Bildungspreis ging nach Spandau

Die Berliner Verwaltungsakademie (VAK) hat bei einem Festakt anlässlich ihres 100-jährigen Bestehens am 23. Oktober erstmalig einen Preis für vorbildliches Engagement in der Bildung der Berliner Verwaltung vergeben. Erster Preisträger des Eugen-Schiffer-Preises ist das Bezirksamt Spandau, das sich in vorbildlicher Weise um die Rekrutierung fachkundiger Dozenten für die Akademie verdient gemacht hat.



Bei der Preisübergabe an den Bezirksbürgermeister von Spandau, Helmut Kleebank, würdigte Akademiendirektor Wolfgang Schyrocki das hervorragende Engagement der Spandauer, die mit Blick auf die Bereitstellung von Dozentinnen und Dozenten für die landesweite Aus- und Fortbildung und auch mit selbst in Anspruch genommener Fortbildung die besten Ergebnisse im Statistikjahr 2018 erzielten.

Benannt ist der Preis, der künftig jährlich vergeben werden soll, nach dem Gründungsvater der Verwaltungsakademie Berlin, Reichsminister Eugen Schiffer, der bereits vor 100 Jahren den heute noch aktuellen Auftrag der VAK postulierte, nämlich die Verwaltung auf ihrem Weg in die Zukunft zu unterstützen. Von 1919 bis zur Machtergreifung der Nationalsozialisten 1933 war Schiffer selbst Präsident der Verwaltungsakademie Berlin. ■

Der Direktor Verwaltungsakademie, Wolfgang Schyrocki, der Bezirksbürgermeister von Spandau, Helmut Kleebank, und der Leiter des Amtes für Soziales im Bezirksamt Spandau, Thomas Fischer, bei der Preisverleihung (von links).



## 30 Jahre Mauerfall

# Gewerkschaften waren gefordert

**Am 9. November 1989 ist die Berliner Mauer gefallen und die Stadt konnte nach gut 28-jähriger martialischer Trennung wieder anfangen zusammenzuwachsen. Der Landesvorsitzende des dbb berlin, Frank Becker, erinnert sich an den spannenden Prozess, dessen Auswirkungen bis in die Gegenwart hineinreichen.**

Erlebt hat Becker, Wahlberliner seit 1983, den Mauerfall an der Gedächtniskirche, wo sich die unverhoffte Nachricht wie ein Lauffeuer verbreitete und gleichermaßen Fassungslosigkeit und Euphorie auslöste. Wie alle Zeitzeugen sind natürlich auch ihm, der mit ein, zwei Flaschen Begrüßungssekt im Rucksack spontan den Kudamm angesteuert hatte, die ergreifenden Bilder der Wiederbegegnung von Ost und West und die Hochstimmung, die auf die ganze Stadt übergriff, unauslöschlich im Gedächtnis geblieben.

### Alltag folgte

Als stellvertretendem Landesvorsitzenden der Deutschen Beamtenbund-Jugend Berlin und damit Mitglied des Landes- und Landeshauptvorstandes war dem jungen Gewerkschafter Becker aber auch schon damals klar, dass der Euphorie jede Menge handfeste Arbeit folgen würde, um speziell in der jahrzehntelang getrennten Stadt Berlin die Einheit und gleiche Lebensverhältnisse herzustellen. Eine Herkulesaufgabe, wie sich nach den ersten Bestandsaufnahmen

herausstellte, bei der die Gewerkschaften eine wichtige Rolle übernehmen mussten.

Speziell in Berlin galt es schnellstmöglich zu einer einheitlichen Verwaltung im Osten wie im Westen der Stadt zu gelangen und den Umbau für die Ostberliner so verträglich wie möglich zu gestalten. Das galt speziell für den Abbau des bei der Zusammenlegung beider Stadtteile entstandenen Personalüberhangs und die Angleichung der Osteinkommen an das Westniveau – beides Prozesse, die sich über viele Jahre hinziehen sollten, und bei denen dem öffentlichen Dienst zahlreiche Opfer abverlangt wurden.

### Langsame Prozesse

Erst etwa 20 Jahre später wurde die tarif- und besoldungsrechtliche Ost-West-Angleichung für die Beschäftigten aus der ehemaligen DDR erreicht und die Berliner Beamtinnen und Beamten aus dem Westteil der Stadt warten noch heute auf den Ausgleich des Gehaltsverzichts, den sie zur Vollendung der Einheit Deutschlands geleistet haben. Gemeinsam hinkt man der allgemeinen bundesdeutschen Besoldungsentwicklung hinterher und beim Personalabbau wurde das Kind mit dem Bade ausgeschüttet und viel zu spät umgesteuert – mit den bekannten Folgen.

Becker: „Damals war uns allen sicher auch nicht bewusst, wie schleppend die tatsächliche Wiedervereinigung auch in den Köpfen ankommen bzw. wann nicht mehr zwischen „Ossi“ und „Wessi“ unterschieden würde. Partiiell arbeiten wir leider immer noch daran. Das ist schade. Aber schauen wir doch einmal auf andere Länder dieser Welt, in denen die Demokratie immer noch nicht angekommen ist, die Bevölkerung unter diktatorischen Regierungen leidet, Meinungsfreiheit ein frommer Wunsch ist und, und, und ... Ich bin froh, dass es diese friedliche Wiedervereinigung gegeben hat.“



## BBBank

# Exklusiver Abend zur Bildung

Schon zum 11. Mal hat die BBBank am 18. November in Berlin einen ihrer „Exklusiven Abende für den öffentlichen Dienst“ durchgeführt. Mit dem Thema „Bildung in Deutschland – Der öffentliche Dienst schafft Zukunft“ hatten die Veranstalter eines der komplexesten und drängendsten innergesellschaftlichen Problemfelder aufgegriffen, das auf entsprechend großes Interesse bei den Gästen stieß, die zu Hunderten in die Bolle Festhalle strömten.

Bereits in ihrer Einladung hatte die BBBank erkennen lassen, welche herausragende Rolle der öffentliche Dienst für das Bildungsangebot spielt. BBBank-Vorstandsmitglied Oliver Lüscher benannte in seinem einführenden Vortrag – untermauert mit Zahlen und Fakten – denn auch einige der gravierendsten Probleme, vor den Schulen, Universitäten und sonstige Bildungseinrichtungen in Deutschland stehen. Am drückendsten sind die Nachwuchssorgen – schon 2015 werden allein 105.000 Grundschullehrer fehlen! Aber auch mangelnde technische Ausstattung, räumliche Gegebenheiten und fehlende Fördermittel speziell für Kinder aus sozial schwachen Familien streuen Sand ins Getriebe des Unterrichts.

Zumindest bei letztgenanntem Problem hatte die Stiftung der BBBank bereits zu Schuljahresbeginn ein Zeichen gesetzt und dankenswerterweise 12.000 Euro für bedürftige Erstklässler in Berlin bereitgestellt. 900 ABC-Schützen konnten sich dank dieser Mittel über einen Schulranzen freuen. Weitere 6.000 hat die Bank mit verschiedenen Initiativen für ein gesundes Leben begeistern können.

Mit Spannung erwarteter Festredner der Veranstaltung war Grünen-Politiker Cem Özdemir. Wer allerdings von ihm Lösungsvorschläge seiner Partei zu dem sich abzeichnenden personellen Kollaps im Bildungsbereich erwartet hatte, wurde bitter enttäuscht. Zwar beklagte Özdemir, wie schon sein Vorredner, die viel zu geringen Bildungsausgaben des Staates, blieb aber hinsichtlich der notwendigen Höhe und auch Prioritäten des Mitteleinsatzes unkonkret.

Özdemir mag man zugutehalten, kein Bildungspolitiker zu sein, weshalb sein Vortrag wesentlich auf eigenen schulischen Erfahrungen als türkischstämmiges Arbeiterkind in der schwäbischen Kleinstadt Urach basierte, die mehr als vier Jahrzehnte zurückliegen. Mit den aktuellen Herausforderungen



dbb Landeschef Becker, Cem Özdemir MdB und BBBank-Vorstandsmitglied Oliver Lüscher (von links)

der Berliner Schulen hatte das allerdings wenig zu tun.

Hier kann beispielsweise der Unterricht an den Grundschulen überhaupt nur noch mit einem Heer pädagogisch völlig unausgebildeter Hilfslehrer gesichert werden, weil ein ideologisch bedingter Anti-beamtenkurs – auch der Grünen – die Berliner Schulen im allgemeinen Nachwuchswettbewerb komplett ins Abseits gedrängt hat und vorhandene Lehrkräfte in Scharen abwandern. Insofern hätte ein politisches Statement Özdemirs zur Verbeamtungsfrage in der Luft gelegen, insbesondere nachdem sich der Berliner SPD-Parteitag endlich zur Wiederverbeamtung der Berliner Lehrer durchgerungen hat und Grüne sowie Linke jetzt Zünglein an der Waage sind.

Gegen ein förderndes Kindheitsklima an den Schulen, das kein Kind zurücklässt, wie Özdemir fordert, hat sicher niemand etwas einzuwenden. Voraussetzung dafür ist allerdings, dass die Politik endlich ihre Schularbeiten nachholt und Anreize für ausreichendes und geschultes Personal schafft. ■

BERLIN



hauptstadt **magazin**



**DPoIG**

DEUTSCHE POLIZEIGEWERKSCHAFT  
im DBB

# HAUPTSTADTBALL 2020

der Deutschen Polizeigewerkschaft

# Berlin tanzt

*incl. Galabuffet.*

**15.02.2020**



Für Tanz und gute Laune sorgt  
Dance & Showband  
Andreas von Haselberg

**One-Woman-Show  
mit Edwina De Pooter**

Eintritt: 60,- € p.P. / 1 Tisch (10 Personen) 550,- €

50,- € p.P. Mitglieder DPoIG und dbb-Gewerkschaften / 1 Tisch (10 Personen) 450,- €

Beginn: 20.00 Uhr, Einlass: 19.00 Uhr

Mercure Hotel MOA Berlin, Stephanstraße 41, 10559 Berlin

Veranstalter: DPoIG Markt Verlag und Sozialwerk GmbH

Kartenverkauf über die Geschäftsstellen:

Tel.: 030 / 44678721 oder 030 / 3933073 / 74

## Berliner Medienpolitiker vernetzen europäische Filmfestivals

**Berliner Medienpolitiker sind sich einig: Die europäische Filmförderpolitik muss stärker vernetzt werden, will man den Einfluss amerikanischer Serienproduktionen eindämmen. Hatten sich die medienpolitischen Sprecher von CDU und FDP, Christian Goiny und Stefan Förster, bereits beim Filmfestival in Cannes im Mai dieses Jahres für einer stärkere Zusammenarbeit der wichtigsten europäischen Filmfestivalorte stark gemacht, so sind den Worten jetzt Taten gefolgt.**



Medienpolitische Sprecher in Thessaloniki: Christian Goiny (CDU) und Stefan Förster (FDP) (von links)

Zum 60. Geburtstag des Filmfestivals in Thessaloniki reisten Karin Halsch (SPD), Christian Goiny (CDU), Notker Schweikhardt (Grüne) und Stefan Förster (FDP) als medienpolitische Sprecher ihrer Parteien gemeinsam mit Daniel Saltzwedel vom Medienboard Berlin-Brandenburg nicht nur an, sondern sie hatten auch ein viel beachtetes Programm mit im Gepäck: So wurde mit dem Film „Adam & Evelyn“ von Andreas Goldstein an das 30. Jubiläum des Mauerfalls in Berlin erinnert. Darüber hinaus hatten die Berliner ein Werkstattgespräch mit jungen griechischen Filmemachern, eine Filmparty in der angesagten Baobab Bar sowie eine Kranzniederlegung zur Erinnerung an die Ermordung der Juden Thessalonikis im Dritten Reich organisiert. Auch ein Gespräch mit dem Vorsitzenden der jüdischen Gemeinde, David Saltiel, und dem ehemaligen Bürgermeister Yiannis Boutaris über den geplanten Bau eines Holocaust-Museums standen auf dem Programm.

### Gegenbesuch zur Berlinale

Mit Elise Jalladeau, der Festivaldirektorin, und ihrem Team wurde schließlich ein weiterer Austausch im

Rahmen des europäischen Filmfestival-Netzwerkes und ein Gegenbesuch zur Berlinale verabredet.

Begleitet wurden die Medienpolitiker von einer Delegation der Berliner Kreativwirtschaft mit Andreas Gebhard (republica), Dimitri Hegemann (Tresor Club), Christoph Borkowski (Piranha Arts) und Mario Husten (Holzmarkt).

Christian Goiny, der sich mit Akteuren der Kreativwirtschaft aus Berlin und Thessaloniki bereits seit Jahren für eine Förderung der jungen Kreativszene in der griechischen Hafenstadt engagiert, betonte die steigende Bedeutung Thessalonikis als Balkanmetropole und Scharnier zwischen Europa und dem ostmediterranen Raum: „Damit spielt Thessaloniki auch als spannende Filmstadt eine wichtige Rolle.“



Vor dem Holocaust-Mahnmal: Stefan Förster (FDP), Notker Schweikhardt (Grüne), Karin Halsch (SPD), David Saltiel (Präsident der jüdischen Gemeinde von Thessaloniki), Carsten Müller (Consul und Ständiger Vertreter, Generalkonsulat der BRD in Thessaloniki) und Christian Goiny (von links)

Haarbogen über dem Auge	↘	Ver-mögens-werte	↘	Ver-brechen	<p><b>UNSERE GEWINNER</b></p> <p>Gleich zwei Preise der Extraklasse waren bei unserem Novemberpreisträtsel zu gewinnen:                  Über ein Roller-Wochenende darf sich freuen:  <b>Valentin Becker, 13581 Berlin</b></p> <p>Karten für die Kindershow im Friedrichstadt-Palast hat gewonnen:  <b>Kerstin Hagemann, 13125 Berlin</b></p>								tropischer Laubbaum	↘	früherer Lanzenreiter	Vergeltung übender Mensch	↘							
Sitzbereich im Theater	→																		Fluss zum Kaspischen Meer	→				
Teil des Bühnenstücks	→			Raub-, Speisefisch																↖			6	
Bundesstaat der USA	→	1																		vertiefte Linie in der Haut				Singgemeinschaft
	→				Spielkarte e. bestimmten Farbe	↘	ital. Barockmaler (Guido)	Landenge	↘	franz. unbestimmter Artikel	Probe, Stichprobe	Summe der Lebensjahre	engl.-amerik. Längengrad	→										
Ausgedehntheit		religiöser Brauch; Zeremoniell	Leiterin, Vorgesetzte	→						Band, Tonband (engl.)	→				römischer Dichter									
	→						Schiffleinwand						dt. Philosoph (G. W. F.)	früher als	→	3								
mit hoher Stimme schreien		Schul-festsaal	Stoß mit dem Fuß	→	2				gälischer Name Irlands	Radrennfahrer	→						ohne Inhalt							
	→			belgischer Kurort		Zugmaschine (Kurzwort)	am jetzigen Tage				7		bevor			Ab-schieds-gruß								
gefeierter Künstler			Dauerwurst	→						Kfz-Z. Neubrandenburg	Pop-musik-stil Jamaikas	→												
	→			5			radio-aktives Schwermetall						sandiges, unbebautes Land	→										
Tanz im Rumbarythmus			enthalt-same Lebensweise	→						Feuerwerkskörper	→						8							

# Fünf flauschige Biber ...



... aus dem Hause der BBBank suchen ein neues Heim bei Ratefüchsen des hauptstadt magazin, die bis **15. Dezember 2019** die richtige Lösung des Schwedenrätsels einsenden an:

**dbb berlin**  
 post@dbb.berlin  
 Fax: 030.327952-20

Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

**PREISRÄTSEL**

## Mehr Flexibilität mit dem 0-Euro-Konto

Das 0-Euro-Konto der BBBank ist ein besonders attraktives Angebot für alle, die gern flexibel sind. Denn Inhaber dieses Girokontos können jederzeit online ihre Bankgeschäfte auch mit einer App auf dem Handy abwickeln und auf Reisen weltweit Bargeld abheben. Besonders attraktiv: Das 0-Euro-Konto wird kostenfrei online geführt und eine VISA-Kreditkarte „Direct-Debit“ ist für den Zahlungsverkehr unterwegs oder im Internet gebührenfrei inbegriffen.

Das Konto ist schnell und einfach in nur acht Minuten digital oder in der Filiale eröffnet. Neukunden können bequem mit ihrem Konto online umziehen. Die BBBank informiert auf Wunsch alle Zahlungspartner. ■

## Höhere Bußgelder für Umweltsünder

**Mit einem neuen Bußgeldkatalog will der Berliner Senat jetzt der Verschmutzung der Stadt entgegenwirken. Von den ab sofort geltenden höheren Bußgeldern verspricht sich der Senat eine Signalwirkung gegen die unzulässige Abfallentsorgung im öffentlichen Raum.**

Beispielsweise kann nun, wie es in einer Pressemitteilung der Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz heißt, für die achtlos fallengelassene Zigarettenkippe oder ein Kaugummi ein Verwarnungsgeld in Höhe von 55 Euro bzw. ein Bußgeld in Höhe von 80 bis 120 Euro verhängt werden. Wird Hundekot nicht unverzüglich beseitigt, so kann dies mit einem Verwarnungsgeld in Höhe von 55 Euro geahndet bzw. mit einem Bußgeld in Höhe von 80 bis 300 Euro, in Grünanlagen bis 1.500 Euro belegt werden. Für illegal abgelegte Altreifen werden künftig 350 bis 800 Euro Bußgeld fällig. Das illegale Abladen von Bauabfällen kann – je nach Schwere des Vergehens – mit einem Bußgeld in Höhe von 600 bis 25.000 Euro geahndet werden. Auch das wilde Entsorgen von Sperrmüll kann sehr teuer werden, besonders wenn es sich um schadstoffhaltige Geräte wie Fernseher oder Kühlschränke handelt. 500 bis zu 10.000 Euro werden für diesen Verstoß fällig.

Auch die Bußgelder für Verstöße gegen das Grünanlagengesetz wurden deutlich heraufgesetzt. Das Beschädigen von Anpflanzungen kostete 50 Euro Verwarnungs- und 100 bis 5.000 Euro Bußgeld. Bei unzumutbarem Lärm in Parks wird mit 35 Euro verwarnt und das Bußgeld liegt zwischen 75 bis 1.500 Euro. Auch Feuer anzünden in Grünanlagen und Grillen außerhalb der Grillareale soll ein Riegel mit Ver-

warnungsgeldern um die 50 Euro und Bußgeldern bis zu 5.000 Euro vorgeschoben werden.

Offen bleibt allerdings, wer die Verstöße angesichts des chronischen Personalmangels bei den Ordnungsämtern feststellen und ahnden soll. ■

